

Der Wunsch nach Bewegungsfreiheit an den Mauern vom "Moria"-Hotspot auf Lesbos

Die Karriere der Hotspots -

Vom Registrierungszentrum zum Abschiebeknast

Nach den Migrationsbewegungen des letzten Sommers avancierte das Konzept der "Hotspots" zum medialen Schlagwort im Krisenszenario sowie zur Lieblingslösung in der Rettung des Europäischen Grenzregimes. Bislang stellten die Hotspots vor allem Zentren dar, in den Geflüchtete sich registrieren lassen mussten. Nachdem am 18. März das Abkommen zwischen der EU und der Türkei beschlossen wurde, verschiebt sich die Funktion der Hotspots jedoch hin zu geschlossenen Abschiebeknästen. Von Naemi Gerloff.



Containerdorf hinter Nato-Draht:
 Einer der Eingänge vom Hotspot „Moria“

Bereits im Juli 2015 wurde die Einrichtung von insgesamt neun Hotspots, fünf in Griechenland und vier weitere in Italien beschlossen. Insbesondere die Europäische Kommission und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatten diesen Ansatz mit der im Mai verabschiedeten „European Agenda on Migration“ vorangetrieben und präsentieren ihn als Idee neuer, europäischer Grenzsicherung.

Nach monatelangem Zögern und erst nach massivem Druck der EU, richtete Griechenland ab Januar 2016 mit Hilfe des Militärs innerhalb kürzester Zeit vier Hotspots auf den Inseln Leros, Samos, Chios und Lesbos ein. Auf der Insel Kos wurde der Bau aufgrund von rechten Bevölkerungsprotesten weiter verzögert. Trotzdem konnte die griechische Regierung pünktlich zum EU-Krisengipfel am 18. Februar viereinhalb fertige Hotspots präsentieren.

Doch niemand konnte genau beantworten, ob sie wirklich fertig waren oder wie ein fertiger Hotspot auszusehen hat. In den griechischen Medien entwickelte sich der Begriff "Hotspot" schnell zu einer Bezeichnung für jegliche, neu eröffneten Flüchtlingscamps. Dies suggeriert vor allem, dass es sich um etwas „Neues“, durch Europa Eingesetztes handelt.

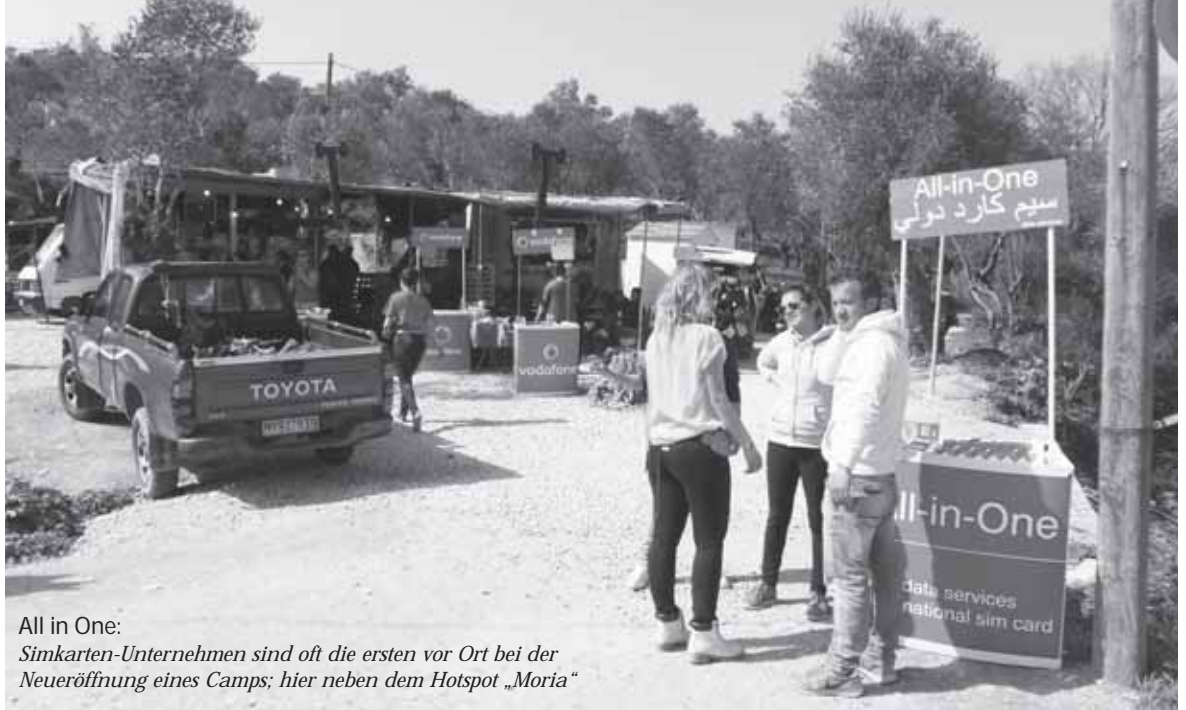
Auch die Kommission gibt keine genaue Definition des Hotspots vor. So heißt es in einer von EU-Migrationskommissar Avramopoulos veröffentlichten „Roadmap“ zu ihrer Implementierung: „The Agenda does not provide a definition of a 'Hotspot' but rather describes how the "Hotspot" approach is to be applied“.¹

The Roadmap to Return

Dieser Erklärung zufolge ist der Hotspot als ein flexibles Modell zu verstehen, das an jedem Abschnitt einer Außengrenze einsetzbar sein soll, welcher akut von „gemischten Migrationsbewegungen“ („mixed migratory flows“) betroffen ist. Die Einrichtung eines Hotspots erfolgt sowohl auf Anfrage des betroffenen Mitgliedstaates, oder wenn EU-Agenturen einen Unterstützungsbedarf identifizieren.

Ein „Flowchart“ soll die sogenannte Roadmap der EU veranschaulichen. Es stellt dar, welche Prozesse von welchen Akteuren vollzogen werden sollen. Die Geflüchteten sind zu registrieren und Fingerabdrücke zu nehmen. Für potentiell Schutzberechtigte ist ein Asylverfahren vorgesehen. Anerkannte sollen schließlich über ein Relocation-Programm in andere EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Alle restlichen Pfeile sind mit „Mögliche Internierung“ („Possible Detention“) und „Rückführung“ („Return“) beschriftet.





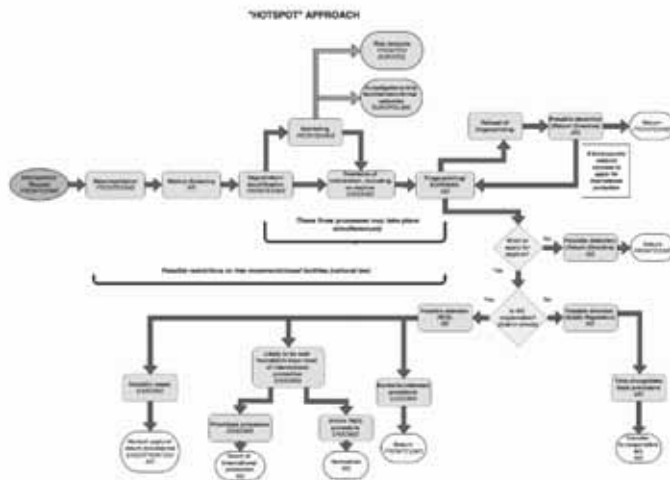
All in One:
 Simkarten-Unternehmen sind oft die ersten vor Ort bei der Neueröffnung eines Camps; hier neben dem Hotspot „Moria“

Das Flowchart zeigt außerdem, dass sowohl Frontex, Europol und EASO (European Asylum Support Office) in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Mitgliedsstaat im Hotspot eingebunden sein sollen. Der Kommission zufolge ist der Hotspot also vor allem ein Konzept, das die koordinierte Zusammenarbeit der Europäischen Agenturen auf dem Territorium eines Mitgliedstaats fördern und damit auch die Europäisierung der Außengrenze vorantreiben soll. Es stellt eine situationsabhängige, europäische Interventionsmöglichkeit dar, mit dem Ziel Migrationsmanagement effizienter zu gestalten.

Der Blick in die Praxis:
 Ein Besuch auf Lesbos Ende Februar

Der wohl derzeit medial und politisch am stärksten beachtete Hotspot liegt im Dorf Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Es ist ein ummauerter Komplex, dessen Beschilderung am Nato-Draht Zaun das Fotografieren untersagt. An der Zufahrtstrasse steht eine mehrere hundert Meter lange Schlange parkender Autos mit diversen NGO Logos. Um den Komplex herum hat sich ein Ring aus Snackbars und Cafés gebildet. Manche der Imbisswägen stehen schon seit Monaten hier, noch bevor Moria den Namen „Hotspot“ bekam und der öffentliche Zutritt untersagt wurde. Sie haben ihren Stellplatz fest etabliert und um eine kleine Terrasse ergänzt; dazu läuft arabisch-sprachige Musik und Pop-Schlager. Gleich mehrere Mobilfunkunternehmen sind vor Ort und vertreiben ihre Simkarten und Tarif-Angebote.

Component 3: "Hotspot" approach flowchart



Der offizielle Hotspot Moria hat zwei Eingänge: Einen für Menschen aus Syrien, Irak, Palästina², Jemen und Eritrea; einen zweiten für alle anderen Menschen. Der UNHCR schleust neu Ankommende in die vorgesehene Schlange.

Die Registrierung wird von Frontex – im Fall von Moria hauptsächlich deutschen Beamtinnen und Beamten – in Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden durchgeführt. Diese stellen „sicher“, dass jede Person identifiziert wird. Das heißt: Fingerabdruck und Feststellung der Nationalität. Auf dieser Grundlage wird über die potenzielle Schutzberechtigung der Person entschieden. Den Menschen mit der „richtigen“ Nationalität wird ein Dokument ausgestellt, mit dem sie

Fotos: Naemi Gerloff

Willkommen:
Das Camp „Better days for Moria“, eine der vielen
Versorgungsstrukturen von Freiwilligen



innerhalb von 30 Tagen ein Fährticket kaufen und weiterreisen dürfen. Alle anderen gehen leer aus, haben keinen Anspruch auf Versorgung und stecken auf der Insel fest.

Staatsversagen mit Ansage,
die Hilfsnetzwerke helfen aus

Nur Familien und vor allem Menschen mit syrischem Pass werden nach der Registrierung in ein offizielles UNHCR-Camp gebracht. Die meisten Leute landen jedoch in den freiwilligen Auffangstrukturen. Diese übernehmen all jene Aufgaben, die die staatliche und europäische Seite nicht leisten will. Eine davon ist das Camp „Better days for Moria“, welches in friedlicher Koexistenz direkt neben dem Stacheldraht-Hotspot liegt. Hier ist der Ort, wo Leute ihr Zelt aufschlagen, mit Essen, Informationen und medizinischer Hilfe versorgt werden.

Die Infrastruktur von Moria ist von zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Strukturen abhängig und könnte ohne diese nicht aufrecht erhalten werden. Sogar das Mittagessen für den "Vorzeigehotspot", mehr als 1000 Portionen täglich, wird von einer lokalen Unterstützungseinrichtung geliefert.

Mit Blick auf das oben angeführte und umzusetzende „Flowchart“ deckt die bisherige Praxis in Moria nur den ersten Teil des Prozesses ab: die Registrierung. Der Registrierungsprozess ist eine zeiteffiziente Überwachungsmaßnahme, die primär dazu dient, ein Sicherheitsbedürfnis zu erfüllen. Alle Ankommenden sollen in den EU-Datenbanken erfasst werden. So lässt ein Evaluierungsbericht der EU-Kommission stolz verlauten, dass sich die Quote der Fingerabdrucknahme auf 78 Prozent erhöhen ließ³. „Relocated“ wurde von hier jedoch noch niemand. Zu Inhaftierungen und Abschiebungen kam es in vereinzelt Fällen, wie beispielsweise Anfang März, als kurz vor dem ersten EU-Türkei-Gipfel 150 Pakistanerinnen und Pakistaner von Moria nach Edirne in die Türkei überführt wurden.

Der Türkei-Deal und seine direkten Folgen

Mit dem Abschluss des EU-Türkei Deals am 18. März soll sich die Situation um die Hotspots nun radikal ändern und die Abschiebungen ausgeweitet werden. Das Abkommen beinhaltet einen Eins-zu-Eins-Handel, nach dem für alle von Griechenland in die Türkei zurückgewiesenen Menschen mit syrischem Pass, eine andere Person mit syrischem Pass aus der Türkei in

ein anderes EU-Land umverteilt werden soll. Der Deal zielt darauf ab, Geflüchtete von der Überfahrt auf die griechischen Inseln abzuschrecken und die Ankunfts-zahlen zu reduzieren. Der Rückschiebe-Umverteilungs-Handel umfasst vorerst 18 000 Plätze, welche um weitere 54 000 Plätze aufgestockt werden können. Bei Zahlen von durchschnittlich 2 100 Menschen pro Tag, die im Februar auf den griechischen Inseln ankamen, erscheint dieses Kontingent jedoch weniger hoch und nicht als der prophezeite „Durchbruch“ im Krisenman-agement.

Naemi Gerloff
ist Masterstudentin
der Friedens- und
Konfliktforschung
und arbeitet derzeit
beim Verein
bordermonitoring.eu
in München.

¹ (Avamopoulos:
Explanatory note on
the „Hotspot“
approach,
15.7.2015)

² Gemeint sind
Menschen aus den
palästinensischen
Autonomiegebieten.

³ (Europäische
Kommission:
Managing the
Refugee Crisis - State
of Play, 10.2.2016).

Schon am 19. März, einen Tag nach dem Gipfeltreffen, begannen die griechischen Behörden auf den Inseln Lesbos und Chios die Camps zu räumen. Tausende Menschen wurden in teils gecharterten Fähren auf das griechische Festland verschifft, wobei sie trotz der erzwungenen Maßnahme ihre Fährtickets selbst zahlen mussten. Von dort wurden sie in verschiedene Camps verteilt und zum Teil in das Abschiebegefängnis nach Korinth gebracht. NGOs und freiwillig Helfende wurden ebenfalls aufgefordert, die Inseln zu verlassen. Viele Organisationen packten daraufhin ihre Sachen, Freiwilligen-Initiativen kündigten an, auf das griechi-sche Festland umzuziehen. Die Camps auf Chios und Lesbos, sowohl solche wie „Better days“, als auch die offiziellen UNHCR Camps, waren nach wenigen Tagen fast leer.

In Vorbereitung auf die Massenabschiebung

Ziel dieser Großaktion war es, Platz zu schaffen. Die nun Ankommenden, die unter den neuen Deal fallen, sollen konsequent in den Hotspots inhaftiert werden. Und dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit. In Moria wurde unterdessen die Registrierungspraxis eingestellt und Bauarbeiten aufgenommen, um die Aufnahme- und Inhaftierungskapazitäten auszuweiten. Der Hotspot soll nun möglichst schnell in ein geschlossenes Abschiebegefängnis umgewandelt werden.

Trotz des Inkrafttretens des Abkommens am 20. März kamen in den Folgetagen weiterhin neue Boote auf den Inseln an. Diese Menschen wurden nicht mehr registriert, sondern lediglich mit Nummern versehen und in den Hotspots inhaftiert. Da jedoch die etablierte Infrastruktur der Hilfsorganisationen zusammen gebrochen war, blieb die Versorgung dieser Menschen ungesichert und die Situation chaotisch. Der UNHCR und Medicines Sans Frontieres zogen sich bewusst zurück und stellten ihre Arbeit in den Hotspots aufgrund der inhumanen Bedingungen und

dem Widerspruch mit internationalen Flüchtlingskon-ventionen ein.

Der im Abkommen vereinbarte Startschuss für die Rückführungen in die Türkei ist der 4. April. Sollten die Ankunfts-zahlen nicht sinken und weiterhin hunderte Menschen pro Tag ankommen, wird es nicht gelingen, alle Menschen in den Hotspots bis zu diesem Datum festzuhalten und schließlich konsequent abzuschieben.

Die Zukunft der Hotspots auf wackeligen Beinen

Auch bleibt es höchst fraglich, ob das Abkommen überhaupt wie geplant umgesetzt werden kann. Rechtlich betrachtet ist eine kollektive Rückführung aller auf den griechischen Inseln ankommenden Geflüchteten mit der EU-Grundrechtecharta und der Genfer Flüchtlingskonvention unvereinbar. Darüber hinaus ist die genaue Implementierung des Deals noch sehr unklar.

Moria und andere Hotspots sind von ihrer Infrastruktur her in keiner Weise darauf ausgelegt, Menschen für die Länge eines Asylverfahrens unterbringen und versorgen zu können. Daran wird auch die beschlossene Entsendung von 600 weiteren Asyl- und Grenzschutzbeamtinnen und Beamten aus Deutsch-land und Frankreich nichts ändern. Auch sind jegliche Versuche der EU, ein funktionierendes Relocation-Sys-tem zu implementieren bisher gescheitert. Das Hotspot-Flowchart der Kommission hat demnach in seiner Form nie existiert und wird höchstwahrschein-lich auch nie umgesetzt werden können.

Der EU-Türkei-Deal bedeutet eine erneute External-isierung der Migrationskontrolle und eine Rückkehr zur repressiven Linie. Für die Hotspots hat dies offenkundig eine Fortifizierung und verstärkte Inhaftierung zum Ergebnis. Inwiefern sich diese Verschärfung dauerhaft halten kann und wie sie sich entwickeln wird, hängt von der weiteren Ausgestal-tung des Abkommens ab.<